

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 16/8200 –**

Jahresbericht 2007 (49. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 10. März 2009 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 12. November 2008

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatteerin

Hedi Wegener
Berichterstatteerin

Elke Hoff
Berichterstatteerin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatte

Winfried Nachtwei
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Hedi Wegener, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2007 am 4. März 2008 vorgelegt.

In der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Juni 2008 wurde dieser Bericht **auf Drucksache 16/8200** an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 16. Juni 2008 in seiner 94. Sitzung am 12. November 2008 beraten und der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen unterstreichen einvernehmlich auch diesmal die Bedeutung der Institution des Wehrbeauftragten und danken ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der CDU/CSU** zählt zu den besonders herauszustellenden Problembereichen, die im Bericht des Wehrbeauftragten aufgezeigt würden, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst und die Belastung des Sanitätsdienstes. Auch die Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sei nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedrohungslage in Afghanistan ein Punkt von besonderer Wichtigkeit.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der SPD** würdigt die engagierte Arbeit des Wehrbeauftragten, die unter anderem dazu beigetragen habe, das Sanierungsprogramm für die Westkasernen anzuschieben. Schwierigkeiten bereiteten neben der Situation im Sanitätsdienst nach wie vor die Beför-

derungssituation und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenfalls angegangen werden müssten das Problem der sinkenden Zahl von Bewerberinnen und der Themenkomplex Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS).

Die Berichterstatterin der **Fraktion der FDP** erklärt, dass das Thema PTBS auch in Zukunft in der Bundeswehr eine Rolle spielen werde. Die FDP-Fraktion unterstütze daher die Forderung des Wehrbeauftragten nach einem Ausbau der Traumaforschung in einer bundeswehreigenen Forschungseinrichtung. Zu Recht kritisiere der Wehrbeauftragte auch immer wieder trotz mancher unfreundlichen Reaktion Defizite in den Bereichen Ausbildung, Ausstattung und Ausrüstung der Truppe.

Der Berichterstatter der **Fraktion DIE LINKE** betont, dass auch seine Fraktion die Forderungen des Wehrbeauftragten bezüglich PTBS unterstütze. Was er vermisst habe, seien allerdings Ausführungen zum Umgang mit Totalverweigerern, die zum Teil schikaniert würden. Den im Bericht vom Wehrbeauftragten angesprochenen Themen Integration von Frauen in die Streitkräfte, Umsetzung der Zentralen Dienstvorschriften 10/1 und 12/1 sowie der Unterbringungs- und Pendlerproblematik müsse man sich noch intensiver widmen. Das Gleiche gelte für die Themen Ausbildung der militärischen Führer und Soldatenbeteiligung. Letztere könne ein Korrektiv für Fehlverhalten von Vorgesetzten sein.

Der Berichterstatter der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** weist auf den besonderen Stellenwert der militärischen Führung hin. Die vom Wehrbeauftragten im Bericht geschilderte Zunahme anonymer Eingaben mit Bezug auf Fehlverhalten von Vorgesetzten sei besorgniserregend. Das Gleiche gelte hinsichtlich der Ausführungen im Bericht, wonach die genannten Beispiele von Fehlverhalten von Vorgesetzten keineswegs nur Einzelfälle seien. Bedauerlich sei ferner, dass jedes Jahr aufs Neue Probleme bei der Soldatenbeteiligung festgestellt werden müssten.

Berlin, den 12. November 2008

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Hedi Wegener
Berichterstatterin

Elke Hoff
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

